

PRESSEINFORMATION

14. Dezember 2011

Zum Erhalt der Justizvollzugsanstalt Dessau-Roßlau

Brief des Oberbürgermeisters an Ministerpräsident Haseloff

Mit einem persönlichen Brief hat sich Dessau-Roßlaus Oberbürgermeister Klemens Koschig an Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff gewandt. Darin spricht er sich gegen die drohende Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Dessau-Roßlau aus. Alle drei Varianten zur Zukunft der Einrichtung, die vergangene Woche durch Presseberichte bekannt wurden, sehen eine Schließung in jedem Fall vor.

„Das bedeutet eine erhebliche Schwächung des dritten Oberzentrums des Landes“, schreibt Koschig und fügt hinzu, dass die Schließung auch eine Wende in der bisher angedachten Entwicklung für den gesamten Justizsektor bedeuten würde. „In seiner Sitzung am 21. September 2011 hat der Stadtrat einstimmig dem Vorschlag zugestimmt, dem Justizzentrum in unserer Stadt den Namen ‚Justizzentrum Anhalt‘ zu verleihen.“

Wichtiger noch: Die Schließung der JVA würde eine Schwächung des kleinsten und wirtschaftlich schwächsten der drei Oberzentren bedeuten. Die mit ihr verbundenen 100 Arbeitsplätze bedeuten Kaufkraft und Steueraufkommen für die Kommune. Auch werde, so das Stadtoberhaupt, der Justizstandort selbst in Frage gestellt. Verhandlungstermine am Landgericht wären beispielsweise nur noch durch organisatorisch aufwändige Gefangenentransporte durchführbar. Damit wird über kurz oder lang auch das Landgericht in Frage gestellt.

Das Land Sachsen-Anhalt hatte zu seiner Wiederbegründung ganz bewusst die ehemalige Landeshauptstadt und Heimat Eike von Repgows mit einem Justizzentrum ausgestattet und zum Sitz des Landesverfassungsgerichtes erhoben. All dies würde nun durch den sukzessiven Entzug von Justizeinrichtungen konterkariert.

Aber auch die Kosten durch den weiteren Unterhalt der Liegenschaft und die nicht unerheblichen Mittel aus dem Konjunkturpaket II, die in den Neubau der Produktionshalle geflossen sind, macht Koschig in dem Schreiben geltend, um die Nachteile einer Schließung vor Augen zu führen. So stehen möglichen Einsparungen eben auch eine Reihe von Kosten gegenüber, die nicht übersehen werden dürften. Eine andere als die gegenwärtige Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudes scheint zumindest derzeit außer Frage zu stehen.

Vor diesem Hintergrund bittet OB Koschig den Ministerpräsidenten, die genannten Argumente in die Überlegungen zu einem dauerhaften Erhalt des JVA-Standortes Dessau-Roßlau mit einzubeziehen.